



Protokollauszug
zum MOBILITÄTS- UND UMWELTAUSSCHUSS

am Donnerstag, 09.11.2023, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

TOP Betriebsausschuss Stadtentwässerung

Vorl.Nr.

Beratungsverlauf:

Siehe separates Protokoll zur Sitzung des Betriebsausschusses Stadtentwässerung.

TOP 2

**Satzung für die verkaufsoffenen Sonntage 2024
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 260/23

Beschlussempfehlung:

Die nachstehende Satzung über das Offenhalten von Verkaufsstellen

am 24.03.2024 anlässlich des „Ludwigsburger Märzklopfens“ (Ludwigsburg Innenstadt)

am 13.10.2024 anlässlich des „Ludwigsburger Kastanienbeutel-fests“ mit Herbstmarkt (Ludwigsburg
Innenstadt)

wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BM **Manni** eröffnet im Anschluss an die Sitzung des Betriebsausschusses Stadtentwässerung, die Sitzung des Mobilitäts- und Umweltausschusses und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft er Tagesordnungspunkt 1 auf.

TOP 2

**Satzung für die verkaufsoffenen Sonntage 2024
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 260/23

Der **stellvertretende Leiter** des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung geht auf die Vorlage ein.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Handel** teilt mit, dass seine Fraktion unterschiedlich abstimmen werde. Er selbst werde der Vorlage zustimmen. Ein Mobilitätskonzept solle separat beraten werden.

Stadtrat **Meyer** signalisiert die volle Zustimmung seiner Fraktion. Die verkaufsoffenen Sonntage seien nicht nur wichtig für den Handel und die Gastronomie, sondern werden ebenso als Familienevents genutzt. Zudem werden Besuchende aus dem ganzen Landkreis angezogen. Er dankt LUIS für das eingebrachte Engagement und hofft, dass das Parkleitsystem künftig gut funktioniere.

Stadtrat **Zeltwanger** geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit. Die Attraktivität der verkaufsoffenen Sonntage gehe weit über den Landkreis hinaus. Er fordert ein Mobilitätskonzept. Dies solle künftig acht Wochen vor einem verkaufsoffenen Sonntag dem Gremium vorgestellt werden.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** stimmt der Vorlage zu und regt an, über zusätzliche, anlasslose verkaufsoffene Sonntage nachzudenken. Er spricht das Thema Verkehrskonzept an und erinnert an die Anträge seiner Fraktion hinsichtlich P+R-Parkplätzen am Stadtrand und der Einrichtung eines Shuttle-Verkehrs.

Die verkaufsoffenen Sonntage seien als Stadtmarketing wichtig und stärken die Innenstadt, so Stadträtin **Knecht**. Sie geht auf die Stadtnavi-App ein und merkt an, dass beim letzten Event die Parkhäuser als geschlossen angezeigt wurden. Künftige anlasslose verkaufsoffene Sonntage wären ein Gewinn für Ludwigsburg.

Stadtrat **Müller** fragt, ob Verdi informiert sei.

Stadträtin **Dr. Knoß** wünscht ein Verkehrskonzept. Die Menschen müssen vorwiegend auf die leeren Parkhäuser hingewiesen werden. Sie regt an, an der B 27 vor der Abbiegung in die Bärenwiese, Ordner aufzustellen, die mit Schildern anzeigen, dass es dort keine Parkplätze mehr gebe. Notfalls würde sie sich selbst mit Warnweste hinstellen, um das Chaos zu lenken. Ohne ein integriertes Verkehrskonzept könne sie der Vorlage nicht zustimmen und werde sich bei der heutigen Abstimmung enthalten.

Verdi werde jährlich angefragt, jedoch erhalte man keine Rückmeldung, teilt der **stellvertretende Leiter** des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung mit.

BM **Manni** lässt über die Vorlage abstimmen. Es gehe heute nicht darum ein Mobilitätskonzept zu beschließen. Hierzu müsse ebenso über ein entsprechendes finanzielles Budget gesprochen werden.

Beim letzten Kastanienbeutelfest blieb ein Verkehrschaos aus.

TOP 3

**Änderung der Satzung der Stadt Ludwigsburg
über die Verpflichtung der Straßenanlieger zum
Reinigen, Schneeräumen und Bestreuen der
Gehwege
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 253/23

Abweichende Beschlussempfehlung:

1. Der Gemeinderat beschließt die Änderung der Satzung der Stadt Ludwigsburg über die Verpflichtung der Straßenanlieger zum Reinigen, Schneeräumen und Bestreuen der Gehwege hinsichtlich des § 2 Verpflichtete.
2. Der Gemeinderat beschließt die Änderung der Satzung der Stadt Ludwigsburg über die Verpflichtung der Straßenanlieger zum Reinigen, Schneeräumen und Bestreuen der Gehwege hinsichtlich des § 3 Gegenstand der Reinigungs-, Räum- und Streupflicht.
3. *Die Verwaltung schlägt im ersten Quartal 2024 eine vereinfachte Satzung vor.*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 5 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Der abweichende Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Der **stellvertretende Leiter** des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung geht auf die Vorlage ein.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** geht auf die Streupflicht ein und merkt an, dass Streuen mit Salz, ohne Not, nicht erlaubt sei. Es werde noch immer zu viel Salz gestreut. Die Bürgerschaft müsse über die Änderungen informiert werden. Sie geht weiter auf das Schneeräumen ein und merkt an, dass die Breite eines Meters, wie bisher, genug sei.

Stadtrat **Klotz** wünscht eine Erläuterung zum Streuen mit Salz. Für ihn entspreche die Räumspflicht

von 1,50 Meter nicht der Realität. Er fragt nach der Regelung bei gemeinsamen Geh- und Radwegen.

Stadtrat **Raasch** äußert sich kritisch und merkt an, dass seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde. Die ganze Satzung sei alt und überholt. Er weist darauf hin, dass die städtische Räumung mit Salz und Sole arbeite und merkt an, dass dies für die Bevölkerung dann auch gelten müsse. Die Besprengung der Gehwege mit Wasser gegen den Staub sei realitätsfremd. Zudem stört er sich an der Pflicht zum Reinigen der Gehwege vor Sonn- und zusätzlich an Feiertagen. Weiter spricht er den Taubenkot in Unterführungen an. Die Bahn fege lediglich einmal jährlich. Die Bahn müsste sich ebenso an die Satzung halten, auch hinsichtlich der Sauberkeit an den Bahngleisen. Er befürchtet zudem einen Anstieg der Bußgeldbescheide aufgrund Nachbarschaftsanzeigen.

Stadtrat **Maier** wünscht ebenso eine modernisierte und angepasste Satzung. Er könne den Änderungen dennoch zustimmen.

TOP 3

**Änderung der Satzung der Stadt Ludwigsburg
über die Verpflichtung der Straßenanlieger zum
Reinigen, Schneeräumen und Bestreuen der
Gehwege
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 253/23

Die Satzung sei sehr komplex, meint Stadträtin **Knecht**. Die Änderungen sollen künftig in Form einer Synopse schneller erkennbar sein. Sie will wissen, warum die Räumspflicht der Gehwege auf 1,50 m geändert werde. Die Satzung müsse verständlich lesbar sein. Sie kann der Vorlage heute nicht zustimmen

Stadtrat **Müller** schließt sich der Vorrednerin an.

Die Satzung gehöre entbürokratisiert und mittelfristig geändert, meint Stadtrat **Dr. O'Sullivan**. Gehweg im Sommer sogar mit Wasser zu besprengen, um der Staubentwicklung vorzubeugen, sei nicht zeitgemäß.

Der **stellvertretende Leiter** des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung geht auf die offenen Fragen ein. Die Mustersatzung sei vom Städtetag empfohlen und basiere auf Urteilen. § 6 Absatz 2 beinhalte die Regelung zum Streugut. Bisher habe die Satzung wenige Beschwerden und Probleme hervorgerufen. Die Frage zur Räumspflicht von 1 Meter oder 1,50 Meter werde mitgenommen.

BM **Manni** formuliert eine geänderte Beschlussempfehlung, wie oben kursiv eingefügt und stellt diese zur Abstimmung. Eine modernisierte, entbürokratisierte Version werde im ersten Quartal 2024 vorgelegt.

TOP 4

Lärmschutzwände Eglosheim

Vorl.Nr. 297/23

Beschlussvorschlag:

Entwurfs- und Baubeschluss

Die Lärmschutzwände Eglosheim Friedhof und Mäurach werden entsprechend der Lage und Abmessungen des Bestandes und nach Planung des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen ersetzt.

Die Baukosten für den Ersatz des Bestandes der beiden Lärmschutzwände in Höhe von brutto 600.000, -- € werden genehmigt.

Bei Kostenüberschreitungen wird das zuständige Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10% überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

TOP 4

Lärmschutzwände Eglosheim

Vorl.Nr. 297/23

Beratungsverlauf:

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Die Kosten seien hoch und man müsse sparen, meint Stadträtin **Dr. Knoß**. Sie fragt nach den rechtlichen Hintergründen. Mit einer Lärmschutzwand müsse in dieser Gegend niemand geschützt werden. Sie will wissen, ob Bäume gefällt werden müssen. Sie schlägt eine Heckenbepflanzung vor.

Stadträtin **Seyfang** bezweifelt die Notwendigkeit der Wände. Auf Friedhofseite gebe es bereits eine grüne Lärmschutzwand. Sie fragt nach möglichen Förderungen. Die Sicherheit des Geh- und Radweges müsse gewährleistet sein.

Lärmschutz für Tote und am Mäurach, wo es lediglich ein Haus betreffe sowie die Lärmschutzwand um eine Schießanlage sei paradox, äußert sich Stadtrat **Raasch** kritisch. An anderer Stelle entlang der Frankfurter Straße würden Lärmschutzwände dringender gebraucht. Eine Lärmschutzreduzierung durch Geschwindigkeitsbeschränkungen und Radarfallen werde von der Bürgerschaft gefordert. Sofern rechtlich notwendig, wünscht er eine Grünpflanzung vor der Wand.

Stadtrat **Maier** kann mit dem Verwaltungsvorschlag nicht mitgehen und zitiert aus vergangenen Vorlagen. Das Projekt sollte nur durchgeführt werden, wenn es eine Förderung gebe. Ihn wundert, warum die Planung jetzt günstiger sei. Er schlägt vor, dass aufgrund der Haushaltslage mit dem Regierungspräsidium, als Vertreter des Bundes, zu verhandeln, ob ein Neubau überhaupt nötig sei. An anderer Stelle sei der Bedarf eher gegeben. Er fragt, ob von Friedhofseite eine Lärmentwicklung

für die gegenüberliegenden Häuser ausgehe.

Stadträtin **Knecht** schlägt einen Bürokratieabbau vor. Man könne dieses Vorhaben gegenüber der Bürgerschaft nicht rechtfertigen. Der Bedarf an anderer Stelle sei höher. Ihre Fraktion werde nicht zustimmen. Die Verkehrssicherungspflicht müsse dennoch gewährleistet werden.

Vielleicht müsse die Friedhofsruhe durch die Lärmschutzwand gesichert werden, meint Stadtrat **Müller**. Er wünscht eine Prüfung der aktuellen gesetzlichen Grundlagen und fragt, warum die Wand genau dort aufgestellt sei. Der Bund und das Land solle in die Pflicht genommen werden, da es eine Bundesstraße sei.

Stadtrat **Klotz** schlägt vor, lediglich den Rückbau der bestehenden Wand zu beschließen.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** schlägt vor, das Thema zu vertagen und den alten Planfeststellungsbeschluss anzuschauen und gegebenenfalls gemeinsam mit dem Regierungspräsidium eine Duldungsvereinbarung zu schließen.

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht auf die offenen Fragen ein. Das damals vorgestellte Modell war ein innovatives Projekt und sei in den Kosten höher gelegen. Hierfür hätte teilweise eine Rodung erfolgen müssen. Heute sei die Sanierung auf der bereits vorhandenen Linie vorgesehen. Fördertöpfe für die Holzlamellenstruktur auf Beton konnten keine gefunden werden, bedauert sie. Es gehe heute um die Verkehrssicherungspflicht. Für den

TOP 4

Lärmschutzwände Eglosheim

Vorl.Nr. 297/23

Unterhalt sei Ludwigsburg zuständig. Der Bund werde durch das Regierungspräsidium vertreten. Sofern die Wand nicht ersetzt werden müsse, müsse die Bestehende dennoch abgetragen werden. Die vorgestellte Maßnahme beinhalte diese Kosten bereits.

Stadtrat **Zeltwanger** weist auf die Verkehrssicherungspflicht hin.

BM **Manni** nimmt die Anregungen des Gremiums mit. Aufgrund der Bewohnerzahl sei die Stadt für die Bundesstraßen im Stadtgebiet zuständig. Die Bundesstraße mit ihren integralen Bestandteilen, wie die Lärmschutzwand, sei in der städtischen Baulast. Ein neues Verfahren, um den Lärm zu reduzieren und ein neues Planrechtsverfahren werde deutlich teurer sein. Die vorgestellte Variante erscheine ihm am wirtschaftlichsten. Er spricht mögliche Schutzansprüche an. Mit dem Regierungspräsidium wird ein Gespräch gesucht. Der Beschluss werde heute vertagt. Zeitnah erfolge eine erneute Vorstellung im Gremium.

TOP 5

**Bericht Stadtverkehr 2023 / Busbeschleunigung
- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

Es erfolgt ein Bericht durch eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität und einen **Mitarbeiter** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** spricht die Situation in der Myliusstraße hinsichtlich häufig querstehender Autos an. Dies sorge für enorme Verzögerungen. Sie regt an, die Lieferzonen, außerhalb der Lieferzeiten, abzusperren. Ebenso verursachen an der Hoferstraße die Kurzzeitparkplätze durch Einparkende vor dem Bäcker Verzögerungen. Linien mit einer 20 Minutentaktung, wie die 426, seien häufig unzuverlässig. Sie regt an, dass der Bus ohne die Schleife an der Schlachthofstraße, direkt durch den Schillerdurchlass zur Hoferstraße fahren solle. Hierzu gebe es bereits Pläne. Die Technik alleine reiche für eine Beschleunigung nicht aus. Sie wünscht eine Liste über die Linien mit den häufigsten Ausfallzeiten.

Stadträtin **Seyfang** fragt, ob die Meldung an die Sendepunkte aktiv durch die Fahrer ausgelöst werde. Sie spricht den Kreuzungsbereich in Eglosheim an und meint, dass es dort durch die Querung mehrerer Buslinien kaum eine Grünphase für Radfahrende und Fußgänger gebe.

Der ÖPNV sei ein wichtiger Bestandteil für die Klimaneutralität meint Stadtrat **Zeltwanger** und dankt für die klare Positionierung. Aufgrund Baustelleneinrichtungen könne der Fahrplan nicht pünktlich und zuverlässig eingehalten werden. Der ÖPNV solle priorisiert werden. Er fragt, ob bis Ende nächsten Jahres alle Ampeln für die Buslinien bevorrechtigt seien. Er fordert nicht nur die Verlängerung der Busspur an der Marbacher Straße schon ab dem Discounter, sondern auch die Bevorrechtigung der Busse in der Wilhelmstraße en bloc und Leonberger Straße Richtung

TOP 5

Bericht Stadtverkehr 2023 / Busbeschleunigung - mündlicher Bericht

Oststadt. Die Zeiten für die Fußgängerquerung der Wilhelmstraße solle nicht reduziert werden. Hierdurch könne auch die Qualität in der Stadt verbessert werden.

Busse seien ein zentraler Baustein für die Einsparung von Co2, sagt Stadtrat **Maier**. Man müsse ein attraktives Angebot schaffen. Man wolle bis 2030 eine Verdopplung der Fahrgäste. Er fragt nach der Tendenz.

Stadträtin **Knecht** ist ein Fan des Ludwigsburger Busverkehrs und freut sich über ein regelmäßiges Update und den Austausch mit der LVL. Die Fahrbahnrandhaltestellen bremse den Verkehr aus, wie an der Schwieberdinger Straße. Sie fragt, wie große Straßen definiert seien. Zudem will sie die Kosten für die neue Technologie wissen. Die Myliusstraße sei in den 80er Jahren zu eng geplant worden. Sie gibt zu beachten, dass es in dieser Straße viele Arztpraxen, Optiker und Gesundheitsdienstleister gebe und die Lieferzonen für einen kurzen Ausstieg gebraucht werden.

Stadtrat **Müller** fragt nach der Zuständigkeit für den Ausbau und welche Verbesserungen erwartet werden. Weiter will er wissen, ob durch das dynamische System auch die Fahrgastinformation

verbessert werde.

Stadtrat **Klotz** fragt, ob alle Ampelanlagen bereits mit der Hardware ausgestattet seien.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität geht auf die offenen Fragen ein. Für die Myliusstraße und Hoferstraße sei eine größere Straßenraumumgestaltung notwendig. Die vorgestellten Busbeschleunigungsmaßnahmen seien kleinere Maßnahmen, die ohne große bauliche Eingriffe und niederschwellig umgesetzt werden können. Die Wilhelmstraße sei in den Planungen enthalten. Hier sei eine Pulk-Abwicklung sinnvoll. Alternativrouten und Linienverlegungen werden immer mitgedacht. Bei größeren Baumaßnahmen, wie der ZOB-Umbau, müssen die Fahrpläne mit der LVL abgestimmt und gegebenenfalls ein Sonderfahrplan eingesetzt werden. Größere Baumaßnahmen sollten nicht gleichzeitig erfolgen. Hier liege man in enger Abstimmung mit der Stadtentwässerung und den Stadtwerken. Die Antwort zur Anzahl der Fahrgäste werde nachgereicht. Die Erhebung erfolge über den VVS. Mit der LVL wäge man die Fahrbahnrandhaltestellen ab.

Das Meldesystem laufe automatisch, fügt ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen hinzu. Der Bus sendet ein Signal an den Meldepunkt für die Ampelanlage. Der Bus habe Priorisierung, deshalb könne es vorkommen, dass Fußgänger zurückgestellt werden. Das System funktioniere mit der neuen Technik komplett anders. Der Bus sendet jede Sekunde den Standort. Hierdurch könne die Signalanlage besser reagieren und eventuell Fußgänger vorschalten. Die hohen Verlustzeiten in der Leonberger Straße für die Linie 421 werden geprüft. Die Fahrgastinformation werde durch das dynamische System verbessert. Die Bundesnetzagentur habe den Zeitpunkt für die neue Technik auf 2028 verlängert. Es gebe keine Alternative. Die Kosten belaufen sich auf rund 5.000 Euro pro Signalanlage. Die Standards und das Regelwerk seien erst seit kurzer Zeit bekannt. Die Hardware sei bereits verbaut, die Software müsse noch bereitgestellt werden.

Der weitere Ausbau sei unerlässlich, meint die **Geschäftsführerin** der LVL Jäger GmbH und wünscht einen Grundsatzbeschluss für alle Ampelanlagen, die von Bussen genutzt werden, wie auch die Verlängerung der bestehenden Busspuren. Der zu kleine Kreisel in der Friedenstraße müsse von den Bussen überfahren werden, dies schade den Fahrzeugen. Sie geht insbesondere auf die Linie 421, die längste der LVL, von Neckarweihingen nach Oßweil ein. Die enge Hauptstraße in Neckarweihingen und der Weg vom ZOB bis zur Oststadt sei anstrengend zu

TOP 5

Bericht Stadtverkehr 2023 / Busbeschleunigung - mündlicher Bericht

fahren, vor allem aufgrund der Auseinandersetzung mit entgegenkommenden Autos und ständigem Ausweichverkehr. Sie merkt an, dass kein Bus ausfalle, sondern eine Umsetzung erfolge. Die größten Probleme gebe es aufgrund der Baustellen. Mit der Verwaltung stehe man in einem engen Austausch.

Die Myliusstraße solle gesondert diskutiert werden, sagt BM **Manni**. Die Software werde individuell für jede Ampel und jede Situation angefertigt. Das Thema Busverkehr sei sehr komplex. Er schlägt die Diskussion in einem Fachaustausch vor.

BM **Manni** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

